

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 9

Artikel: Zum arabisch-israelischen Konflikt : einige grundsätzliche Erwägungen aus israelischer Sicht
Autor: Mushkat, Marion
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162513>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschafts- und Währungsunion könnte das Problem der schweizerischen Verflechtung mit der EWG wohl in eine neue Dimension gestellt werden. In dem Masse, wie unser Land beim Integrationsprozess nicht mitsteuert, mag es sich zu Anpassungen gezwungen sehen, die sich aus dem faktischen Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben. Oberstes Gebot der schweizerischen Integrationspolitik muss daher eine angemessene Flexibilität sein.

Das Thema der Beziehung Schweiz-EWG, des Verhältnisses zwischen wirtschaftlicher Verflechtung und nationaler Unabhängigkeit oder nationaler Individualität, ist gewiss so komplex wie die ihm nicht so fernliegende Frage – oder ist der Vergleich zu kühn? –, ob der einzelne in der modernen Industriegesellschaft der zunehmenden zivilisatorischen Bindungen wegen unfreier oder, umgekehrt, im Hinblick auf seine technischen Mittel beweglicher geworden ist. Der heutige Staat ist ja insofern «freier», als seine Aktionssphäre im Vergleich zu früher bedeutend ausgeweitet worden ist – denken wir nur etwa an die Wirtschafts- und die Sozialpolitik. Damit sind dem Staat zahlreiche zusätzliche Möglichkeiten gegeben, seine internationale Individualität weiter auszuprägen. Immer zahlreicher werden andererseits auch die Fäden der die Staaten umspannenden, vor allem wirtschaftlichen Verflechtung. Die aus diesen beiden Tatbeständen resultierende Antinomie wird nur durch einen schöpferischen Kompromiss zu lösen sein, der praktisch ständig neu gefunden werden muss. An den Individuen und ihren Organisationen, ihren Staaten liegt es zu entscheiden, welchen Platz sie sich im Netz der Verflechtungen zugedacht haben und zu behaupten bestrebt sind.

Zum arabisch-israelischen Konflikt

Einige grundsätzliche Erwägungen aus israelischer Sicht

MARION MUSHKAT

Ungewisse Friedensaussichten

Obwohl der Sechstagekrieg nun schon rund dreieinhalb Jahre zurückliegt, kann man keineswegs behaupten, dass über die Friedensaussichten im Nahen Osten Klarheit besteht. Noch immer scheinen sich – trotz einiger unter dem Druck Dritter zustandegebrachter Änderungen in Stil und Taktik – die völlig unvereinbaren Positionen und Zielvorstellungen der

Konfliktsparteien nicht wesentlich gewandelt zu haben. Trotz der Tatsache, dass heute die beiden Supermächte offenbar nicht nur an einer De-eskalation, sondern auch an einem politischen Arrangement interessiert sind, haben sich die Dinge, soweit sie die rechtliche Sicherung der neuen Lage im internationalen Rahmen betreffen, sogar noch verschlechtert. Und nach wie vor interpretieren auch alle am Konflikt beteiligten Parteien die zahlreichen Friedensvorschläge, die Resolution des Sicherheitsrates und den Auftrag des Vermittlers Jarring auf unterschiedliche Weise. Eine grosse Gefahr liegt vor allem darin, dass sich in ihrer Haltung im Grunde genommen bis heute nichts geändert hat.

Der arabische Standpunkt

Alle, die in der arabischen Welt etwas zu sagen haben, sind sich einig in der Meinung, dass das Land Palästina, das seit Jahrhunderten von Arabern bewohnt wird, einen integrierenden Teil der arabischen Nationalstaaten bildet, dass die Juden in dieser Region ein fremdes Bevölkerungselement darstellen, welches die ihm vom Weltimperialismus zugewiesene Rolle erfüllt, und dass ferner die Juden als eine Art Kolonialmacht alle um Befreiung und Fortschritt ringenden arabischen Bewegungen bekämpfen. Die von den Juden mitunter ins Feld geführten nationalen, humanitären und sozialen Motive sind nach Ansicht der Araber völlig unerheblich; es handle sich, sagen sie, hier gar nicht um das Problem der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgemeinschaft oder Rasse, sondern um eine Frage der Religion und Tradition. Die Juden, als Opfer des Nationalsozialismus, suchten Kompensationen statt auf Kosten Deutschlands auf Kosten der arabischen Nation zu erlangen, indem sie diese mit kolonialistischen Methoden ihrer Unabhängigkeit berauben.

Alle diese Behauptungen wurden mehr oder weniger laut schon zur Zeit der Gründung des Staates Israel aufgestellt, als der erste arabisch-israelische Krieg – der nach arabischem Willen den jungen Staat hätte vernichten sollen – mit der Unterzeichnung der Waffenstillstandsabkommen sein Ende fand. Man hätte nun diese Abkommen als eine Art von Präliminarfriedensschlüssen interpretieren können, das heisst man hätte in ihnen einen Auftrag sehen müssen, um eine dauerhafte Friedensordnung in der Region zu entwerfen. Leider liessen sich aber einige arabische Staaten nicht davon abhalten, weiterhin Pläne zur «Befreiung Palästinas» zu schmieden. Mittels Infiltration, Sabotage, wirtschaftlichem Boykott, Schliessung des Suezkanals und der Strasse von Tiran und ähnlichen Aktionen verfolgten sie beharrlich das stets gleiche Ziel: nämlich der Existenz des Staates Israel ein Ende zu bereiten und selbst die jüdische Bevölkerung physisch zu vernichten. Offensichtlich stellte dieses Vorhaben einen wesentlichen Grund für den Sinai-

Feldzug von 1956 dar und führte schliesslich auch zum Ausbruch des Sechstagekrieges von 1967. Ebenso fand es seinen Ausdruck in dem 1964 unterzeichneten und 1969 neu formulierten «Arabischen Pakt» der «Palästinensischen Organisation». Der Vertragstext hält als Ziele der Organisation fest, den «Einwandererstaat Israel» auszulöschen, einen «demokratischen» palästinensischen Staat mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden, aber unter der Herrschaft der mohammedanischen Mehrheit zu schaffen und jene Juden, die nach 1919 nach Palästina eingewandert waren, samt ihren Nachkommen aus dem Lande zu weisen. Der gleiche Wunsch fand seinen Niederschlag auch in den Resolutionen der Konferenz von Khartum vom September 1967. Darin verpflichteten sich die Unterzeichner, Israel nicht anzuerkennen, mit ihm weder zu verhandeln noch Frieden zu schliessen und die Rechte der Palästinenser auf ihr Land nicht preiszugeben. Im übrigen stellte dieses Anliegen auch einen wesentlichen Grund dar für die Erklärung des «Dschihad», des Heiligen Krieges an Israel im Jahr 1969 sowie für die Nichtanerkennung des Waffenstillstandes seitens Ägyptens und für die Proklamation des «Abnützungskrieges». Auf diese Weise gedachte man, Israel stets neue Verluste zuzufügen und bewaffnete Zusammenstösse zu provozieren; eine Intervention seitens des Auslandes und ein neuer, nun aber weltweiter Krieg sollten durchaus in den Bereich der Möglichkeiten gerückt und die Spannung auf jeden Fall stets vergrössert werden.

Stärkung des israelischen Chauvinismus'

In Israel führte diese arabische Verhaltensweise zu einer Stärkung des Chauvinismus, zu einem wachsenden Einfluss der «Falken» und zur allgemein verbreiteten Auffassung, dass sich – solange sich die Araber auf einen neuen Krieg vorbereiteten – ein Rückzug aus den besetzten Gebieten nicht rechtfertigen lasse, ehe ein formeller Frieden abgeschlossen sei. So verhielten sich sowohl Israel als auch Ägypten und Jordanien gegenüber dem Rogers-Plan recht reserviert. Israels Zurückhaltung gründet auf seinen Sicherheitserwägungen, während die Araber auf die völlige Wiederherstellung der Situation vor dem Sechstagekrieg hoffen und auf dem Recht der Palästinenser bestehen, Herren in ihrer «Heimat» zu sein.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, auf einen bemerkenswerten Sachverhalt hinzuweisen: Israel verdankte ja seine Wiedererstehung als Staat zu einem entscheidenden Ausmass der militärischen und politischen Unterstützung durch die Sowjetunion. Nun finden sich aber heute die gegen den angeblich militaristischen und kolonialistischen Charakter Israels gerichteten Vorwürfe nicht nur in arabischen Verlautbarungen, sondern auch in wichtigen sowjetrussischen Dokumenten, so etwa in den Beschlüssen des

Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 21. Juni 1967. Die gleichen Argumente erscheinen immer wieder in zahlreichen politischen und pseudowissenschaftlichen Publikationen, besonders in Äusserungen von seiten der «Neuen Linken».

Der jüdische Standpunkt

Die Juden sehen die Dinge anders: Ihre geschichtliche Tradition begann in Palästina und blieb ununterbrochen mit diesem Land verknüpft; ihr nationales Selbstverständnis und ihr «Image» als Glieder einer einheitlichen Volksgruppe war stets auf diese oder jene Weise mit dem Land Israel verbunden. Ihre massenweise Rückwanderung nach dem Nahen Osten, die sich über mehr als ein Jahrhundert erstreckte, bedeutete eine unmittelbare Folge der Intensivierung der Befreiungsbewegungen aller Völker angesichts des Zerfalls der mittlerweile versunkenen multinationalen und spätkolonialen Reiche, eine Folge der Unterdrückungspolitik gegenüber Minderheiten, des Antisemitismus, der wirtschaftlichen Zurücksetzung der Juden und der Vereitelung all ihrer Bemühungen, sich entweder völlig zu assimilieren oder Autonomie und Religionsfreiheit in ihren Ländern – neuerdings namentlich in der Sowjetunion, im «sozialistischen» Polen und in den arabischen Staaten – zu erlangen.

So kamen denn viele Juden als Opfer von Zurücksetzung, Verfolgung und Dreyfusianismus, von Nationalsozialismus, Stalinismus und neostalinistischem Nationalkommunismus und vor allem auch von feudalistischen und chauvinistischen arabischen Gewaltherrschern und rückständigen Regimes nach Israel, um sich dort niederzulassen. Andere Juden bewog der Wunsch, ein eigenständiges Leben zu führen, religiöse Träume zu verwirklichen oder eine Existenz in nationaler Freiheit und politischer Unabhängigkeit zu finden, zur Auswanderung ins Land der Väter, konnten doch Hoffnungen dieser Art nirgendwo sonst verwirklicht werden. Man hat übrigens auch schon behauptet, bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts seien zahlreiche Araber in Palästina ansässig gewesen. Diese Aussage bedarf nun freilich einer Präzisierung: Vom politischen Standpunkt aus betrachtet handelte es sich nämlich damals für die Araber bei Palästina um eine Provinz von zweitrangiger oder überhaupt keiner Bedeutung. Das Land war in der Tat fast menschenleer, bis es sich, vom Schweiß und Blut der jüdischen Siedler getränkt, zu entwickeln begann. G. Thomé, der permanente Vertreter Syriens bei der UNO, gab am 17. Oktober 1966 vor dem Sicherheitsrat folgende Erklärung ab:

«Wir Syrer sind der Meinung, dass Palästina vom historischen, geographischen und jedem andern Gesichtspunkt betrachtet seit jeher ein Teil Syriens war und heute noch ist. Nur Kolonialherrschaft und imperialistische Machenschaften haben Syrien in so

viele Staaten aufgeteilt. Wenn wir von Palästina sprechen, so spüren wir, dass wir von einem Teil unseres eigenen Landes sprechen.» (*Protokoll der Verhandlungen des Sicherheitsrates vom 17. Oktober 1966, S. 61.*)

Was nun die vielgeschmähten jüdischen Siedler anbelangt, so beabsichtigten sie nie, die Araber aus Palästina zu vertreiben; bis 1946 verfolgten die Zionisten den Plan, einen Zwei-Nationen-Staat zu gründen, der für beide Völker zur Heimat werden sollte. Die jüdischen Siedler kämpften gegen die Malaria und die Wüste, gegen Sümpfe und feudale Ausbeutung. Ihr Selbstbestimmungsrecht wurde seinerzeit offiziell vom Völkerbund und später von den Vereinten Nationen anerkannt.

Die Haschemiten – wie übrigens auch die Syrer – haben das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser nie anerkannt. Die von Jordanien erzwungene Annexion der Gebiete westlich des Jordan und der Altstadt von Jerusalem erregte den starken Widerspruch aller andern arabischen und moslemischen Staaten, ausgenommen Pakistan. Dabei wollten diese Staaten nicht etwa die Ansprüche der palästinensischen Araber auf politische Unabhängigkeit unterstützen; vielmehr trachteten sie danach, sie unter ihre eigene Botmässigkeit zu bringen. Während den zwanzig Jahren, da die Ägypter den Gaza-Streifen besetzt hielten, unterdrückten sie rigoros alle Bemühungen der ansässigen Bevölkerung, auch nur ein kleines Mass von Autonomie zu gewinnen. In allen arabischen Staaten wurden die Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern gehalten und als Druckmittel gegen Israel benützt.

Stimmen der Vernunft?

Viele Politiker, Schriftsteller und Akademiker, selbst solche, die dem Zionismus nicht eben günstig gesinnt sind, und sogar einige auf Mittelostfragen spezialisierte Araber anerkennen zwei Tatsachen: Palästina war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein fast menschenleeres Land, und der Zionismus stellte eine Reaktion auf eine zum voraus gegebene Lage dar – eine von Natur aus fortschrittliche und zukunftsweisende Reaktion, und zwar nicht nur zur Zeit seiner Entstehung. (Darauf verwies u. a. auch Jean-Paul Sartre.) Sie heben hervor, dass die Ursachen des Konflikts nicht im Imperialismus und im Kolonialismus liegen (wie dies Maxime Rodinson behauptet, der nur die propagandistischen Argumente der Araber wiedergibt und sich im wesentlichen auf die Publikationen Vada Hart Nakys abstützt), und dass der Konflikt nicht als Folge einer Intervention von aussen entstand, sondern umgekehrt infolge solcher Schritte und infolge der Verweigerung des Rechts auf Freiheit für die palästinensischen Araber durch die reaktionären arabischen Machthaber erst recht kompliziert wurde und heute

noch wird (so z. B. A. Razak Abdel Kadar, Bassam Tibi). Weitere Umstände trugen nur zur Verschärfung der Lage bei, nämlich die irrationale Betrachtungsweise des Kerns der ganzen Frage (Shafiq Zaher, F. Khouri), der arabische, insbesondere der ägyptische Mikro-Imperialismus (F. Beyssade) und die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit der arabischen Staaten (Abdel Kahder Rahmani und der jugoslawische Marxist Daniel Becan).

Zur grössten Sorge gibt die Tatsache Anlass, dass sich die politisch massgeblichen Kreise auf der einen Seite beharrlich weigern, unabänderliche Tatsachen anzuerkennen, so namentlich die nicht wegzuleugnende Existenz des Staates Israel. Sie lassen sich vom Gedanken beherrschen, Israel von der Landkarte wegzuwischen. Ein solches Vorhaben widerspricht krass den grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts und der UNO-Charta und ist angesichts der weltpolitischen Konstellation auch unrealistisch; denn heute geht die allgemeine Tendenz eher in Richtung einer Détente, einer gegenseitigen Annäherung der Supermächte und einer Anerkennung der Existenzberechtigung des jüdischen Staates seitens der überwältigenden Mehrheit der Völkergemeinschaft, dem verbalen Bekenntnis nach sogar seitens der Mitgliedstaaten des «sozialistischen Lagers». Auch in den verschiedenen politischen und anderen Bewegungen und in den Kreisen der Intelligenz, selbst unter radikalen und teilweise pro-arabischen und pro-sowjetischen Persönlichkeiten, bestreitet man das Daseinsrecht Israels nicht. (Dies gilt für die führenden italienischen Kommunisten U. Terracini und A. Bianfi, für Professor Herbert Marcuse, für die Résistance- und Veteranenverbände, für Prof. C. Houzani, Prof. F. Hourani, G. Khouri, Präsident Bourgiba sowie zahlreiche weitere marxistische und nichtmarxistische Akademiker.)

Das Bewusstsein dieser Tatsachen und die Notwendigkeit einer Versöhnung scheint sich heute bis zu einem gewissen Grade auch in den verschiedenen Erklärungen Nassers, König Husseins und anderer arabischer Führer niederzuschlagen, namentlich in den Äusserungen jener Leute, die schliesslich bereit waren, dem Rogers-Plan zuzustimmen. Diese glauben zwar auch, dass weitere Kämpfe durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegen, solange die Sowjetunion weiterhin ihre eigenen Interessen verfolgt und den Arabern ihre militärische Unterstützung zukommen lässt, dass aber der dringend benötigte Frieden auf der Grundlage gerechter Bedingungen mit der Aussicht, sich damit auch dem Einfluss der sowjetischen «Freunde» zu entziehen, nur mit Hilfe des Westens und der Vereinigten Staaten herbeigeführt werden kann.

Israel und die Palästinenser: ein paar Richtigstellungen

In Nummer 6 der Zeitschrift «The Humanist» von 1969 habe ich einen Aufsatz Professor G. Houranis über «Israel, die Araber und die Ethik»

kommentiert und dabei der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass jeder israelische Staatsbürger, sei er nun Jude oder nicht, und auch jeder echte arabische Patriot Houranis Schlussfolgerung zustimmen würden: «Angesichts der Entwicklung in der Region und in Anbetracht der Aussichten für die Zukunft wäre es das Beste, wenn sich die Araber mit der Existenz des Staates Israel in einem Teil des Territoriums von Palästina abfinden und dann ein endgültiges Übereinkommen zwischen den Parteien über Grenz-, Flüchtlings- und andere Probleme herbeiführen könnten.» Diese Schlussfolgerung Houranis und seine Erklärung, dass eine Verwirklichung des Planes, den jüdischen Staat zu vernichten und die Juden aus Palästina zu vertreiben, den Arabern selbst mehr schaden als nützen würde, sind meines Erachtens überzeugend richtig. Unzutreffend ist dagegen Houranis Behauptung, keine der beteiligten Parteien lasse die Tatsache gelten, dass die andere einen Staat bilden wolle. Vielmehr verhält es sich so, dass die Juden niemals das Recht der palästinensischen Araber auf politische Unabhängigkeit innerhalb und ausserhalb Palästinas in Frage gestellt haben. Sie akzeptierten den Teilungsplan und die Errichtung je eines jüdischen und eines arabischen Staates, die durch gewisse föderative Bande miteinander verbunden gewesen wären, sowie die Internationalisierung Jerusalems. Hätten die Araber 1948 gegen die Juden nicht den Krieg eröffnet, so hätte die Aggressivität der Fedayins nicht einen Grad erreicht, der zum Sinai-Feldzug von 1956 führte. Und hätte Nasser nicht so gehandelt, wie er dies im Sommer 1967 dank sowjetischer Rückendeckung tat, so wäre das Problem der israelischen Besetzung von Gebieten ausserhalb der Waffenstillstandslinien überhaupt nicht entstanden.

Auch ist Israel keineswegs der unversöhnliche Gegner, der den Einigungsprozess der palästinensisch-arabischen Nation in einem Teil Palästinas angeblich sabotiert; ebensowenig sind die Juden allein verantwortlich für die Gründung eines souveränen Staates im Land ihrer Väter. Bekanntlich waren die Weichen gerade in dieser Angelegenheit schon sehr früh gestellt worden, nämlich bereits vor der Blütezeit des mit dem Berliner Kongress von 1878 einsetzenden modernen Kolonialismus und lange vor der Zeit des modernen Imperialismus, wie er heute auch von der Sowjetunion praktiziert wird. Schon zuvor waren Juden in grosser Zahl nach Palästina zurückgekehrt, hatten sich dort niedergelassen und die Voraussetzungen für eine eigene staatliche Existenz geschaffen. Ihnen stand – angesichts der für sie meist ungünstigen Lage in anderen «Einwandererländern», wie zum Beispiel in den USA, in Kanada oder in den asiatischen und baltischen Sowjetrepubliken – kein anderer Platz offen, wo sie der Verfolgung entgehen, in echter Unabhängigkeit leben und eine politisch, national und menschlich freie Gemeinschaft aufbauen konnten. Nicht nur aus rechtlichen und politischen, sondern namentlich aus ethischen Gründen darf heute der

Anspruch auf Souveränität nicht dem jüdischen Volk *allein* verweigert werden.

Gedanken zu Recht und Moral

Professor Hourani, einige andere Autoren und vor allem auch einige Politiker scheinen dieses Recht der Juden nicht länger zu bestreiten. (Könnten sich doch nur alle massgebenden arabischen Politiker zu dieser Haltung durchringen!) Sie irren sich allerdings, wenn sie glauben, dieses Recht rühre einzig von der Notwendigkeit her, eine vollendete Tatsache hinzunehmen, die auf Unrecht und Betrug gründe. Vielmehr verhält es sich doch so, dass sowohl die Verwirklichung des Rechtes der Juden auf staatliche Selbständigkeit (um hier an die Argumentationsweise Ceylons vor der UNO zu erinnern) als auch die Verwirklichung des alten römischen Prinzips des *ius postlimii* (die völkerrechtliche Anerkennung des Anspruchs der Völker, ihre früher einmal verlorene Freiheit wieder herzustellen, wie dies beispielsweise die Polen und andere Völker nach dem Ersten Weltkrieg durchsetzten) nicht nur in den klassischen juristischen und humanitären Doktrinen, in der UNO-Charta und in anderen wichtigen zeitgenössischen Dokumenten begründet sind. Sie beruhen auch auf der Gerechtigkeit, auf der geschichtlichen Notwendigkeit und auf den unumstösslichen Tatsachen.

Natürlich trifft es zu, dass mancher Araber Unbill zu ertragen hatte. Der moralische Aspekt der ganzen Angelegenheit veranlasst uns daher auch, das «Flüchtlingsproblem» im Auge zu behalten. Hierbei handelt es sich nicht so sehr um ein durch eine klar konzipierte jüdische Politik geschaffenes Problem, sondern vor allem um ein Ergebnis der Politik der Araber, ihrer Furcht, ihrer irrationalen Beweggründe und vor allem ihres Kampfes gegen den Staat Israel vom ersten Tag seines Bestehens an. Tatsächlich fand schliesslich ein eigentlicher Bevölkerungsaustausch statt: Jüdische Rückwanderer aus arabischen Staaten wurden sehr bald von den in Israel ansässigen Juden absorbiert und fühlten sich nicht mehr als Flüchtlinge. Auf gleiche Weise hätte sich mit ein wenig gutem Willen auch das Problem der arabischen Flüchtlinge lösen lassen. Auch in anderen Fällen gelang es nämlich, neu zugewanderte Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Ich möchte hier nur an die Aufnahme der nach dem Ersten Weltkrieg aus der Türkei vertriebenen Griechen in Griechenland, an die Eingliederung der deutschen Flüchtlinge aus den nach dem Zweiten Weltkrieg polnisch gewordenen Provinzen und an die Ansiedlung der Polen aus den damals von der Sowjetunion annektierten Gebieten erinnern.

Ich halte es für einen Fehler und für eine demagogische Verdrehung der Tatsachen, wenn die Israeli beispielsweise mit den Franzosen in Algerien verglichen werden. Die jüdischen Siedler unterschieden sich grundlegend

von den französischen Kolonialherren in Algerien. Zu erwähnen sind hier der sozialistische Charakter ihrer Kibbutzim, ihre antiimperialistische Aktivität in der Zeit des Kampfes gegen Grossbritannien, ihr anfänglicher Wunsch, mit den ansässigen Arabern zusammenzuarbeiten, ihr Verlangen nach Frieden und Freundschaft, ihre bereits erwähnten Bemühungen, einen Zwei-Nationen-Staat zu schaffen und vor allem die Tatsache, dass sie im Neuland die arbeitende und aufbauende Bevölkerungsschicht, gleichsam das hier ansässige Proletariat, verkörperten. Sie konnten an keinem andern Ort ein unabhängiges Leben führen, und sie hatten nicht die Möglichkeit, woanders hinzugehen, wenn man sie – besonders nach der Zeit des von den Nationalsozialisten praktizierten Genozids und der arabischen Verfolgungen – vertrieb oder ihnen das Recht auf Selbständigkeit nahm. Möglicherweise waren gerade dies die Gründe, welche die Sowjetunion bewogen, bei der Gründung des Staates Israel ihre Hilfe zu leisten, und nicht so sehr ihr Wunsch, ein Lippenbekenntnis zu den sozialistischen und humanitären Grundsätzen abzulegen, die britische Präsenz in der Region zu unterminieren und eine günstige Ausgangslage für die eigene Einflussnahme im M. Osten zu schaffen.

Die fatalen Weichenstellungen

Es wäre nun allerdings falsch, wollte man nur den Arabern und einigen jüdischen Persönlichkeiten die Schuld an der Asymmetrie des Konflikts zur Last legen und es bei einem Hinweis auf seine geschichtlichen Ursachen bewenden lassen. Man muss auch einige politische Entscheidungen betrachten, die dazu führten, dass die ganze Entwicklung so und nicht anders verlief. Ferner gilt es zu untersuchen, auf Grund welcher Voraussetzungen diese Entscheidungen zustandekamen, warum der vorerst regionale Konflikt weltweiten Charakter annahm und eine Intervention von aussen immer mehr in den Bereich der Möglichkeiten rückt. Besondere Aufmerksamkeit verdient die stets wachsende sowjetrussische Einflussnahme, die die unabhängige Existenz der Staaten der Region immer mehr zu gefährden scheint, Ägypten dem sowjetischen Willen unterordnet und damit auch die Abhängigkeit Israels von den USA verstärkt.

Im Jahre 1948 hätte der Westen im Nahen Osten leicht einen endgültigen Frieden herbeiführen können. Aber die Engländer und in etwas geringerem Masse auch die Franzosen gaben sich der Hoffnung hin, hier auch weiterhin eine Grossmachtrolle spielen zu können. Sie machten den Beschluss der UNO zunichte, in Palästina zwei Staaten zu schaffen und durch eine Umwandlung der Waffenstillstandsabkommen zu eigentlichen Friedensverträgen eine dauerhafte Friedensordnung zu verwirklichen. Nach dem Willen der UNO hätte es dem britisch protegierten Transjordanien verwehrt werden sollen, sein Territorium durch Annexion der Gebiete west-

lich des Jordan und der Altstadt von Jerusalem auszuweiten; der Suezkanal hätte auch für Schiffe unter israelischer Flagge offenstehen müssen; die Arabische Liga, eine Schöpfung des britischen Imperialismus, hätte nicht zu einem Instrument der Aggressionspolitik werden können; desgleichen wäre Ägypten daran gehindert worden, sich zum Zentrum des arabischen Mini-Imperialismus zu entwickeln.

Auch 1957 hätten die Russen und die Amerikaner einen Frieden erzwingen können. Aber schon damals war die Sowjetunion entschlossen, ihre Partnerschaft mit den USA dazu zu benützen, um im Mittelmeer und im Nahen Osten Fuss zu fassen. Bei der Sowjetunion bestand zu dieser Zeit keine Bereitschaft mehr, ihren Einfluss zugunsten einer friedlichen Koexistenz in der Region geltend zu machen. Vielmehr zeigte sich nun immer deutlicher die Neigung der Russen, die Krise zu schüren und der arabischen Seite ihre militärische Hilfe zukommen zu lassen, um auf diese Weise politischen Einfluss zu gewinnen. Zehn Jahre später waren sie es, die Nasser ganz offen zum Krieg drängten. Seine Niederlage bot ihnen dann Gelegenheit, seiner Politik der Neutralität und des «Non-Alignment» ein Ende zu setzen und Ägypten unter ihre Abhängigkeit zu zwingen.

Die Vereinigten Staaten hätten jetzt versuchen können, die gleiche Politik zu verfolgen, die sie 1946 in Aserbeidschan praktiziert hatten. Damals war es ihnen gelungen, durch eine bestimmte und unzweideutige Erklärung die Sowjets zum Abzug aus dem Iran zu veranlassen. Der «Oil Caucus» vertrat aber jetzt die Meinung, es sei möglich, die Russen ausschliesslich durch wirtschaftliche Massnahmen gegen Ägypten wieder zu verdrängen. Die Ölmagnaten waren 1957 dieser Ansicht gewesen, und noch 1967 erhofften sie von einem solchen Vorgehen den Erfolg. Das Ergebnis entsprach dann freilich nicht ihren Erwartungen: Die Russen wurden nicht nur die Herren in Assuan, sondern auch in Kairo, und Nasser befand sich bald in einer ähnlichen Lage wie Gomulka und sogar in einer schlechteren Lage als Ulbricht.

Als sich Israel 1956 zum Zusammengehen mit Grossbritannien und Frankreich in der Suezkampagne entschloss, befolgte es eine kurzsichtige Politik. Auch die 1967 erfolgte Bildung einer «Regierung der nationalen Einheit», der auch unnachgiebige «Falken» angehörten, zeugte nicht gerade von aussenpolitischem Weitblick. Beide Massnahmen waren nämlich der Festsetzung der Sowjets im Nahen Osten nur förderlich. Allerdings hatte Israel 1967 angesichts der vier arabischen «Nein» von Khartum kaum mehr eine andere Wahl.

Der Weg zum Frieden

Israels Regierung ist heute nicht mehr eine solche der «nationalen Einheit», aber sie ist stärker als früher, erfreut sich der Unterstützung der am Frieden

interessierten Öffentlichkeit und zeigt sich immer wieder – wie übrigens schon seit jeher – zu Kompromissen bereit. Ohne Zweifel wäre sie geneigt, für eine dauerhafte Friedensordnung gemäss der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 einen hohen Preis zu zahlen. Dies würde bedeuten:

- Rückzug aus den im letzten Krieg besetzten Gebieten hinter neue, von beiden Seiten als sicher betrachtete und aus freien Stücken anerkannte Grenzlinien;
- allgemeine Beendigung des Kriegszustandes; Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region und auch Anerkennung seines Rechtes, innerhalb der neu festgelegten und sicheren Grenzen eine friedliche Existenz zu führen;
- Freiheit der Schifffahrt auf den internationalen Wasserstrassen der Region;
- gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems;
- Gewährleistung der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten in der Region durch geeignete Massnahmen, die Errichtung entmilitarisierter Zonen nicht ausgeschlossen.

Die Alternative wäre bitter

Nun verlangen allerdings die Araber nicht nur den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, ehe überhaupt an eine Anerkennung und an Verhandlungen betreffend die Lösung der in der Resolution des Sicherheitsrates erwähnten Probleme und an den Abschluss von Friedensverträgen gedacht werden könne, sondern sie fordern auch eine Anerkennung der Rechte der palästinensischen Araber. Israel hat gegen die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser in einem Teil von Jordanien nichts einzuwenden. Es bedarf aber kaum eines besonderen Hinweises, dass Israel ihrem Vorhaben ganz Palästina in einen von ihnen beherrschten «demokratischen» Staat umzuwandeln, niemals zustimmen wird. Man weiss hier nämlich zu gut, was eine arabische «Demokratie», die angebliche «Gleichheit der Juden» unter irakischer, syrischer und ägyptischer Herrschaft und ein «judenreines» Jordanien in der Praxis zu bedeuten haben.

Es besteht daher heute die Gefahr, dass Gunnar Jarring mit seinem Auftrag neuerdings Schiffbruch erleidet; dies um so mehr, als die Supermächte vor allem danach trachten, zu einer friedlichen Koexistenz unter sich selbst zu gelangen und versuchen könnten, den streitenden Parteien ihre eigenen Friedensbedingungen aufzuerlegen. Dies könnte dann dazu führen, dass sich die falsche Seite einem unannehmbaren Druck ausgesetzt sähe, was die Lösung des arabisch-palästinensischen Problems neuerdings verunmöglichen würde. Anstatt sich zu bemühen, die Parteien zu direkten Verhand-

lungen über alle hängigen Fragen – eingeschlossen das arabisch-palästinensische Problem – und zur Einigung auf eine Kompromissformel zu veranlassen, glauben die Grossmächte, es genüge, den Status quo ante in der Region wieder herzustellen. Damit schaffen sie aber nur die Voraussetzungen für einen neuen Krieg.

Wir kennen den Inhalt des amerikanisch-sowjetischen Übereinkommens, das zu einer befristeten Erneuerung des Waffenstillstandes führte und zu neuen Hoffnungen auf Frieden und Sicherheit in der Region Anlass gab. Niemand wird bestreiten, dass die Annahme des Rogers-Planes durch Israel, Ägypten und Jordanien ein Schritt von grosser Tragweite war. Ob freilich diesem Geschehen grössere historische Bedeutung zukommt, wird vom weiteren Verhalten der beteiligten Parteien abhängen. Vor allem wäre die Bereitschaft Ägyptens, in Frieden und Freiheit und nicht in einem permanenten Kriegszustand und in wachsender Abhängigkeit von der Sowjetunion zu leben, der weiteren Entwicklung nur förderlich. Die russischen «Falken» pochen nicht nur mit Ungeduld auf die Wiedereröffnung des Suezkanals, des nächsten Verbindungsweges nach dem Persischen Golf, dem Indischen Ozean und dem Chinesischen Meer; sie trachten auch danach, auf der Halbinsel Sinai und auf den Golanhöhen eigene militärische Stützpunkte zu errichten. Dabei ist für sie die Existenz oder Nicht-Existenz eines unabhängigen Israel und eines unabhängigen Ägypten praktisch belanglos.

Israel und Ägypten: es geht um das Überleben

Wenn diese Staaten überhaupt überleben wollen, so werden sie beide einen Preis dafür zu bezahlen haben. Die Resolution des Sicherheitsrates vom November 1967 und der Rogers-Plan stellen für sie eine ausserordentlich günstige Gelegenheit dar, einer Intervention der Supermächte vorzubeugen und den Gefahren einer dauernden Festsetzung der Sowjetunion in der Region zu entgehen. Sollten sie nicht den Mut haben, zu ihrem eigenen gemeinsamen Wohl und angesichts des Friedensbedürfnisses in der Welt den Preis eines dauerhaften Übereinkommens zu zahlen, und sollten namentlich die Ägypter Jarring weiterhin nur die Rolle eines Briefträgers zubilligen, auf nur indirekten Verhandlungen und auf einem Abzug Israels aus den besetzten Gebieten bestehen und die UNO und andere Instanzen nur in dieser Absicht zu gebrauchen versuchen, und sollte schliesslich Israel auf übertriebenen Sicherheitsgarantien beharren, so würde der erhoffte Frieden im Nahen Osten von Tag zu Tag in weitere Ferne rücken. Die kommenden Monate werden zeigen, ob der «neue» Waffenstillstand weiter nichts als eine taktische Massnahme ist, oder ob er zu wesentlichen Veränderungen in der politischen Strategie im Interesse von Frieden und Fortschritt führen wird.